

VU steht für Enkeltauglichkeit

Regierungschef Adrian Hasler äusserte sich in einem offenen Brief verfrüht kritisch zum Bürgerpaket der VU. Die Union will dem Regierungschef damit in den sinnvollen Gestaltungsmodus verhelfen.



Günther Vogt
VU-Fraktionssprecher

Der Regierungschef durfte die Öffentlichkeit über ein sehr erfreuliches Jahresergebnis 2017 informieren. Das Ergebnis schloss mit einem Gewinn von 170 Mio. Franken ab. 1.8 Milliarden befinden sich nun im verwalteten Finanzvermögen Liechtensteins.

Die harsche Reaktion von Adrian Hasler auf mögliche und offen formulierte politische Vorstösse, die der liechtensteinischen Bevölkerung zukunftsorientierte Antworten auf die brennenden sozialen und gesellschaftlichen Fragen liefern sollen, war inhaltlich und in der Wortwahl höchst bedenklich.

Haltlose Unterstellungen

Aussagen wie «die VU hat ein Bürgerpaket mit einem Strauss von erheblichen neuen jährlichen Ausgaben angekündigt» sind aus der Luft gegriffen. Lediglich ein einziger Punkt beinhaltet einen Vorschlag zur Erhöhung des AHV-

Staatsbeitrages zur nachhaltigen Absicherung der AHV-Rente unserer Bevölkerung. Weiter heisst es, die VU wolle Massnahmen aus den Sparpaketen, «welche massgeblich zur Sanierung des Staatshaushaltes beigetragen hätten, wieder rückgängig machen». Das ist un wahr! Wo bitte ist das ausgeführt?

Kurzum fällt Hasler das Fazit: «das Bürgerpaket ist nicht enkeltauglich»! Weitere markige Worte wie «billiger Populismus», «Einzug des finanzpolitischen Schlendrians», «fehlende Finanzkompetenz in den Reihen der VU», «leichtfertiger Umgang mit den Staatsfinanzen» oder «langfristige Stabilität opfern», runden den offenen Brief des Regierungschefs in einer unangemessenen Art und Weise entsprechend ab.

VU: Gestalten statt verwalten!

Sehr geehrter Herr Regierungschef, Führungsstil wird nicht nur am Nettovermögen und am Finanzergebnis gemessen, sondern auch im Umgang mit den Menschen – insbesondere auch mit den Schwächeren in der Gesellschaft. Führungsstil lässt sich auch im Umgang mit dem Koaliti-

onspartner erkennen. Im Interview im gestrigen «Volksblatt» rudert Hasler zwar zurück, malt aber weiterhin schwarz. Er vermittelt, dass «bei den Bürgern nun nicht mehr gespart» werde und verweist darauf, dass ein schlechtes Jahr an der Börse verbunden mit einer Rezession Steuererhöhungen bewirken würde. Schwarzmalerei vom Regierungschef persönlich!

Noch nicht aus dem Sparmodus

Die Fehlkalkulation im Finanzergebnis von über 180 Millionen zeugen auch nicht von einer hohen Budgetsicherheit. Oder war hier Absicht im Spiel? Die guten Wirtschaftsprognosen waren zum Zeitpunkt der Budgetierung ja bekannt und jeder Laie hätte aufgrund der Staatsreserven und der Renditen an den Börsen ein starkes Ergebnis in diesem Ausmass prognostizieren können. Wollen die Bürger weiter «arm gerechnet» werden? Offenbar ist der Regierungschef vom mehrjährigen Sparmodus noch nicht in den Gestaltungsmodus gelangt.

Die Fraktion der Vaterländischen Union hat bereits in diesen Modus gewechselt und will einen

massgeblichen Beitrag für die Weiterentwicklung von Staat und Gesellschaft, für die Lebensqualität der Menschen und mit einem verantwortlichen Blick auf das Ergebnis der Landesrechnung leisten. Mit Augenmass und Treffsicherheit wird die VU damit ihrer staatspolitischen Verantwortung nachkommen und den Menschen im Land enkeltaugliche Lösungen präsentieren. ■

Das VU-Bürgerpaket in Kürze

Den Bürgerinnen und Bürgern etwas zurückgeben

Nach der Sanierung des Staatshaushalts steht die Vaterländische Union klar für den Bürger ein:

- für mehr staatliches Engagement bei der AHV
- für ein gutes Leben im Alter
- für bezahlbare Krankenkassenprämien
- für Stärkung der Familien
- für ein Demografie-Prozent



Günther Fritz
Parteipräsident

Kommentar

VU stellt den Bürger in den Mittelpunkt

«Ich möchte sinnvolle Investitionen in die Zukunft und nicht einfach ein höheres Ausgabenniveau.» Mit dieser Aussage im gestern erschienenen Interview im «Volksblatt» warnt Regierungschef Adrian Hasler vor dem von der VU lancierten Bürgerpaket. Sind etwa Investitionen, die den Bürger entlasten, nicht sinnvoll? Dabei fällt auf, dass seine Wortwahl im Vergleich zu seinem offenen Brief vor einer Woche deutlich zurückhaltender geworden ist. Darin war noch die Rede von einer «kurzsichtigen Gefallsucht» und von «billigem Populismus». Die FBP doppelte mit dem Vorwurf nach, die VU verhalte sich damit «staatsschädigend».

Die Art und Weise, wie der Regierungschef und die FBP vor einer Woche auf das VU-Bürgerpaket überreagiert haben, kann die VU nicht nachvollziehen. Was sind nun sinnvolle Investitionen? Der Regierungschef spricht ausschliesslich von Bauprojekten, die VU schliesst die Menschen mit ein. Der eine will weiterhin verwalten, die VU will endlich gestalten, zum Wohle der Bevölkerung. Im Koalitionsvertrag haben sich beide Regierungsparteien nämlich nicht nur verpflichtet, für einen soliden, ausgeglichener Finanzhaushalt zu sorgen, sondern sich auch für die Solidarität mit Benachteiligten und das Miteinander der Generationen einzusetzen. Und nichts anderes beabsichtigt die VU mit ihrem Bürgerpaket. Abgesehen davon schliessen sich Entlastungen für den «Normalbürger» in diesem Land und ein ausgeglichener Staatshaushalt nicht aus.

In seinem gestrigen Interview erklärt der Regierungschef seine Bereitschaft, in Projekte wie Schulbauten, Verwaltungszentrum, Spitalinfrastrukturen, Verkehrslösungen und Rheindammsanierung zu investieren. Das ist für die VU selbstverständlich. Es ist jetzt auch die Zeit dafür, nachdem ein Drittel der von Adrian Hasler ausgerufenen Phase des Gestaltens bereits Vergangenheit ist. Nach Ansicht der VU gehören zu einer gestaltenden Politik aber auch die Schwächeren und Schwächsten unserer Gesellschaft. Die Zahl der gesellschaftlich «Abgehängten» nimmt leider stetig zu. Sogar das «Volksblatt» konstatiert in einer Frage an den Regierungschef, «dass man mit einem durchschnittlichen Lohn hierzulande ja kaum noch eine Familie ernähren, geschweige denn sich ein eigenes Haus oder eine Wohnung leisten kann».

Für die VU ist klar, was sie bereits mit ihrem Wahlslogan «Mehr möglich machen» angekündigt hat: Nach den Jahren des schmerzvollen Sparens dürfen die Bürgerinnen und Bürger nicht vergessen werden, wenn es um sinnvolle Investitionen in die Zukunft geht! ■

Empowerment oder digitales Fließband?

Frauen in der digitalen Arbeitswelt von morgen. Es ist an der Zeit, dass sie mitgestalten und die Chancen für eine gendergerechte digitale Arbeitswelt ergreifen.



Gabriela Hilti-Saleem
Vorstandsmitglied der Frauenunion

Fast täglich werden wir mit dem Thema Digitalisierung konfrontiert. Oft sehen wir Berichterstattungen von Podiumsdiskussionen zu diesem Thema in den Medien. Doch meistens werden diese Diskussionen nur von Männern geführt. Auf den Fotos ist ab und zu noch eine Moderatorin zu sehen. Man könnte nun taktlos sagen, die Diskussionsleiterin ist nur hübsches Beiwerk. Aber genau sie verkörpert oft Skills, die in der digitalen Arbeitswelt immer mehr gefragt sind: kommunikative und soziale Kompetenzen, Koordinations-talent und Teamfähigkeit.

Mehr Zeitsouveränität

Die Digitalisierung verändert unsere Berufswelt. Die neuen Möglichkeiten der Kommunikation und die Vernetzung von Know-how werden zum Ausgangspunkt neuer

Arbeitsformen und flexibler Organisationskonzepte. Die Entkopplung von Arbeitszeit und Arbeitsort führt zu mehr Zeitsouveränität und zusätzlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Die Möglichkeit, zu flexiblen Zeiten von zu Hause aus zu arbeiten, wird von vielen Familien als Verbesserung wahrgenommen, auch wenn Home-Office tatsächlich noch oft als «Erholungstage» abgetan werden.

Neue Arbeitsprozesse

Die Digitalisierung ist nicht nur eine technische Entwicklung. Sie schafft auch neue Arbeitsprozesse – und hoffentlich nicht nur ein digitales Fließband. Besonders die Führungskultur unterliegt Veränderungen. Eine Führungskraft muss anders agieren, wenn die Mitarbeitenden nicht mehr im Nebenzimmer sitzen. Die Arbeit wird sich zunehmend in Welten wie Communities abspielen, die oft jenseits von Hierarchien funktionieren. Anstelle von hierarchischer Managementkultur tritt ein partizipativer und teamorien-

tiertes Führungsstil. Mit der fortschreitenden Mobilität und Flexibilität werden Modelle wie «Top-Sharing» oder «Führen in Teilzeit» immer wichtiger. Ein solcher Umbruch ist eine Chance für eine gendergerechte Gestaltung der Arbeitswelt. Doch ist dies kein Selbstläufer.

Die Gefahr ist gross, dass sowohl Frauen wie auch Männer am digitalen Förderband abgestellt werden. Die Förderung von Frauen in der digitalen Arbeitswelt muss offensiv in den Fokus rücken. Die positiven Effekte der Digitalisierung müssen proaktiv genutzt werden, um die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern zu verbessern.

Rollenbilder müssen sich ändern

Doch wie sieht es heute meist in der Realität aus? Obwohl der wirtschaftliche Nutzen von mehr «Gender Diversity» längst erwiesen ist, sind Frauen noch immer unterrepräsentiert in technischen Berufen und in den Führungsetagen. Der grundlegende Qualifikati-

onswandel, der von der Digitalisierung ausgeht, scheint uns noch nicht erreicht zu haben. Besonders schleichend gehen solche Veränderungen vor sich, wo traditionelle Rollenmodelle vorherrschen. In einer Gesprächsrunde, organisiert vom Amt für soziale Dienste letzten März, kam Linda Märk-Rohrer, Forschungsbeauftragte am Liechtenstein Institut, zum Schluss, dass sich zuerst die Rollenbilder ändern müssen, bevor sich in der Politik und auch in der Arbeitswelt Gendergerechtigkeit einstellen kann.

Aber das Handtuch zu werfen, ist keine Option. Die Digitalisierung ist gestaltbar und gestaltungsbedürftig. Es ist an der Zeit, dass Frauen mitgestalten und die Chancen für eine gendergerechte digitale Arbeitswelt ergreifen. Dies ist aber nicht nur Aufgabe der Frauen, auch Unternehmen und der Staat stehen in der Verantwortung, Voraussetzungen und Angebote zu schaffen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.